

Deutschland.

Berlin, 2. März. Sr. Maj. der König empfing gestern Morgens den aus Blogau hier eingetroffenen Brigade-Kommandeur, General v. Willeben, welcher von dem im 5. Armeekorps decorirten Offizieren und Mannschaften Photographien überbrachte, und nahm alsdann, im Beisein des Gouverneurs Grafen Walderssee und des Stadtkommandanten v. Alvensleben, militärische Meldungen und die Militär-Monats-Rapporte entgegen. Um 11 Uhr erschienen im Palais der Prinz Friedrich Carl, welcher im Allerhöchsten Auftrage zur Beglückwünschung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, der sein 25jähriges Militär-Jubiläum gefeiert hat, nach Schwerin gegangen war, und folgten alsdann die Vorträge des Geheimrathes v. Langenbeck, des General-Intendanten v. Hülsen, des Polizeipräsidenten v. Bernuth, des Hausministers v. Schleinitz und des Handelsministers Grafen Ipenplitz.

Die Einreichung des Bundesverfassungs-Entwurfs Seitens des Bundes-Präsidiums wird in der am Montag stattfindenden Plenar-Sitzung erwartet. Was die demnächstige formelle geschäftliche Behandlung des Verfassungs-Entwurfs anbetrifft, so scheint es, als ob man von verschiedenen Seiten dahin übereingekommen ist, die Vorberatung im ganzen Hause eintreten zu lassen, wie vom Abgeordneten Lafer in der ersten Sitzung angeregt worden. Im Interesse der Beschleunigung, unter Wahrung der Gründlichkeit, würde dies die wünschenswertheste Form sein.

Sr. Maj. der König wird, wie es heißt, den Reichstag häufiger einladen, und die Prinzen des königlichen Hauses veranlassen, ein Gleiches zu thun. Die nächste Assemblée findet, wie wir schon gestern erwähnten, beim Kronprinzen statt, der sich für die Reichstagsverhandlungen außerordentlich lebhaft interessiert. Von den Mitgliedern des Hauses zeigen sich die Sächsischen, Hannoverschen und Schleswig-Holsteinischen bis jetzt am meisten zurückhaltend.

Die gestern erwähnte Dankadresse, welche das Landes-Oekonomie-Kollegium in seiner letzten Sitzung an Sr. K. H. den Kronprinzen für seine Theilnahme an den Verhandlungen des Kollegiums unterzeichnet hat, lautet:

Raum als ruhmvoller Feldherr aus dem denkwürdigsten aller Feldzüge heimgekehrt, haben Ew. Kgl. Hoheit nicht gesäumt, wiederum in gewohnter Weise den Bestrebungen des Friedens Höchstihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch uns ist wieder das hohe Glück geworden, Ew. Kgl. Hoheit bei unseren Beratungen zu sehen, auf's Neue Zugen zu sein, welche eingehendes Interesse Höchstse dem Landbau, der wichtigsten Grundlage des Staatswohles widmen. Wir danken Ew. K. Hoheit ganz unterthänigst für die unseren Arbeiten geschenkte Theilnahme, und wir, die jüngsten Mitglieder des Kollegiums aus den neuen Landes- und Provinz-Teilen des Staates, werden nach der Rückkehr in unsere engere Heimath mit freudigem Stolz auf diese Theilnahme hinweisen. Wir werden gern betunden, wie in Preußen das Haus Hohenzollern nicht nur in den Künsten des Krieges sich die Bewunderung der Welt zu erwerben weiß, sondern auch während einer Bewegung von welthistorischer Bedeutung für die Gestaltung Deutschlands Zeit findet, die Interessen des Landbaues zu pflegen und zu fördern.

Die Adresse ist dem Kronprinzen vorgestern durch den Präsidenten und den Schriftführer des Kollegiums überreicht worden.

Nach einer Zusammenstellung beträgt die Zahl solcher Geschütze, welche im vorjährigen Feldzuge in offener Feldschlacht oder bei feindlicher Gegenwehr erobert worden, deren Eroberer eine Erwähnung von Douceurgedern im Betrage von 60 Dukaten für jedes Geschütz beanspruchen können, im Ganzen 137. Die übrigen 349 feindlichen Geschütztropfen sind solche, welche auf den verschiedenen Schlachtfeldern zurückgelassen vorgefunden wurden. Johnen und Standarten mit einem Prämiensatz von je 40 Dukaten, wurden 31 erobert. Das Garde-Korps participirt hierbei mit zwei Fahnen, welche durch die Füsiliers Bohnia und Schellin des 1. Garde-Regiments zu Fuß im Gefecht von Königshof den Oesterreichern unter hartnäckigem Handlumpfen abgenommen wurden. Die Gesamtsumme der zu gewährenden Douceurgelder wird sich somit auf 9460 Dukaten belaufen. — Nach einer nunmehr in sämtlichen Zeughäusern beendigten Aufnahme belaufen sich die in denselben abgelieferten, in den feindlichen Ländern eroberten und vorgefundenen Bestände an Infanterie-Schießwaffen aller Art auf zusammen nahezu 115,000 Gewehre. Dieselben sind zum größten Theil gezoGENER Konstruktion. (B. B.-Z.)

Der „Dresdner Anzeiger“ (Amtsblatt), der sonst sich gar nicht mit Politik befaßt, begrüßt die Eröffnung des Reichstags mit folgenden Worten:

Mit dem heute beginnenden Ausbau Norddeutschlands zu einem festgeordneten Bundesstaate wird nicht nur das Selbstvertrauen auf deutsche Kraft und deren Einfluß auf die großen Fragen der Zeit erwachen, sondern auch der feste Glaube an die Dauer geregelter Zustände wiederkehren, durch solchen aber Handel und Verkehr sich neu beleben, die vom Kriege geschlagenen Wunden werden allmählig wieder heilen und allgemeiner Wohlstand wird hoffentlich sich verbreiten. Zu alledem gebe der höchste Lenker der Dinge seinen Segen!

Nordhausen, 27. Februar. (N. Pr. Z.) Das Resultat der Wahl im hiesigen Kreise bewegt noch immer die königstreue, patriotische Partei, wenn auch der Sieg der Demokraten nur als ein kümmerlich errungener bezeichnet werden kann. Wir werden hier bei der geheimen Abstimmung die an Schlagwörtern und Versprechungen überreichen Gegner auch nicht so bald schlagen und müssen es abwarten, bis Einsicht und Vernunft überall wieder einkehren — und das wird, so hoffen wir, nach den Erfolgen unserer Staatsregierung nach gerade nicht ausbleiben. Wies unser Kandidat, der Regierungsrath Bied, auf die hervorragenden Werke unseres theuren Königs und seiner Regierung, auf die wunderbare

und herrliche Entfaltung der Macht und des Ansehens des Staates nach Innen und Außen hin, suchte er aus dem jüngst Vergangenen mit voller Berechtigung das Gedeihen des Zukunftswerkes unter den Händen der jetzigen Minister noch so klar und deutlich auseinander zu setzen, seine hochherzigen Worte mußte verhallen gegen die klingenden Phrasen seines demokratischen Gegners, des Regierungs-Assessors a. D. Richter, der den Wählern u. A. zwei-jährige Dienstzeit „mit dem Knopf auf dem Beutel“, noch ausgedehntere Press- und Vereinsrechte, billigen Taback und billigen Zucker, höhere Arbeitslöhne, Abschaffung der Reisepässe und Herabsetzung der Gewerbesteuer für Hausirer versprechen und die preussische Verfassung „in Gefahr“ hinstellen konnte. Von dem Allen wird im Reichstage wohl herzlich wenig die Rede sein.

Elsfeld, 28. Februar. Auf die amtliche Mittheilung, welche der Herr Oberbürgermeister Lische dem Herrn Minister-Präsidenten Grafen von Bismarck von der in den Städten Elsfeld und Barmen erfolgten Wahl desselben zum Abgeordneten für den Reichstag des norddeutschen Bundes gemacht hat, ist heute, der „Elsfeld. Ztg.“ zufolge, nachstehende Antwort Sr. Excellenz an den Herrn Oberbürgermeister eingegangen:

„Berlin, den 26. Februar 1867. Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die gefällige Mittheilung vom 25. d. Mts., wonach ich im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Abgeordneten für den Reichstag des norddeutschen Bundes gewählt worden bin. Zu meinem aufrichtigen Bedauern befinde ich mich nicht in der Lage, diese ehrenvolle Wahl anzunehmen, da ich bereits als Abgeordneter des Jerichow'schen Wahlkreises fungire, welcher bald nach der erfolgten Wahl durch eine Deputation mit mir eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ersuchen ließ. Ew. Hochwohlgeboren und die geehrten Herren, welche mich im dortigen Bezirke gewählt haben, werden mit mir in dem Gefühle übereinstimmen, daß ich jener Deputation keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits vollzogenen Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elsfeld-Barmen abhängig machen dürfte, ohne die Wähler des Jerichow'schen Kreises empfindlich zu verletzen. Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren mit dem wiederholten Ausdruck meines Bedauerns, daß ich unter diesen Umständen auf die Ehre der Vertretung eines Wahlkreises von so hervorragender Bedeutung, wie es der Elsfelder ist, habe verzichten müssen, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) von Bismarck.“

Bei der königl. Regierung zu Düsseldorf ist demgemäß nach §. 36 des Reglements die Anberaumung des Termins zu einer Neuwahl beantragt worden.

Hannover, 28. Februar. Die Anstellung der früher hannoverschen Offiziere in der preussischen Armee wird erst in etwa 8 Tagen erfolgen, weil die Wiederplatzirung der Hauptleute der ganz abweichenden Anciennetatsverhältnisse wegen Schwierigkeiten machte. An die ehemaligen hannoverschen Militär-Ärzte, welche um Pensionirung nachgesucht haben, ist die Aufforderung ergangen, zunächst den Eid zu leisten, damit sie im Fall der Mobilmachung zc. herangezogen werden können.

Celle, 27. Februar. Zum Aufrubr-Prozess berichtet die „N. S. Ztg.“ weiter: In der gestrigen Verhandlung wurde mit der Vernehmung der Angeklagten und der auswärtigen Zeugen der Anfang gemacht. Einer der hervorragendsten unter den Angeklagten ist Wilhelm Heinde, der einer der Anführer gewesen zu sein scheint, jedoch die meisten ihm zur Last gelegten Beschuldigungen in Abrede nimmt. Hinsichtlich der auswärtigen Zeugen war die Aussage des Amtmanns Großkopf, welcher im vorigen Sommer hier Chef der Polizeiverwaltung war, wohl die wichtigste. Heute ist Anbetag; morgen wird die Vernehmung des Zeugen Großkopf fortgesetzt. Es soll überhaupt in jeder Woche ein Anbetag stattfinden, damit Richter und Anwälte ihre sonstigen Geschäfte besorgen können.

Guden, 27. Februar. Der neue Amtmann Roth hat an die Gemeindevorsteher des hiesigen Amtes eine Ansprache erlassen, in der er mit Beziehung auf den Wahlpruch des Königshauses: Suum cuique, u. A. sagt: „Ich komme nicht mit dem Auftrag, zu neuern, zu ändern und zu uniformiren, sondern mit dem rechtlichen Willen, die berechnete Eigentümlichkeit dieses Landes zu studiren, zu pflegen und zu schonen und den Interessen desselben mit Treue und Hingebung zu dienen. Ich werde daher Jedermann in seinem wohlverworbenen Rechte schützen, vor allen Dingen die Selbstständigkeit der Gemeinde-Verwaltung achten und wahren, jeder überflüssigen Bevormundung entgegenzutreten, unnützes Formen- und Schreibwesen zu vermeiden suchen, kurz mit allen Kräften dahin wirken, daß sich die Einwohner dieses Bezirkes als Angehörige eines freien, selbstständigen, großen Staatslebens fühlen. Ich werde auch mit Vergnügen bereit sein, Vorschlägen, Wünschen und Anträgen der Amtseingesessenen jederzeit persönlich entgegen zu nehmen und nur wirklichen Mißbräuchen und Uebertretungen mit Energie entgegenzutreten. In diesem Sinne gedanke ich die Verwaltung zu führen und rechne dabei auf die bereitwillige Unterstützung aller rechtlichen, besonnenen und verständigen Einwohner — vor Allem aber der Gemeindebehörden.“

Kassel, 26. Februar. Die ehemalige kurhessische Garde-Korps, von welcher der Rest der zweiten Schwabron zuletzt in dem nahen Dorfe Niederzwehren kantonirt hatte, ist nunmehr vollständig aufgelöst und der größte Theil von Mannschaften und Pferden verschiedenen Kürassier-Regimentern zugetheilt. In ihrer Kaserne liegen jetzt Husaren. Dem Vernehmen nach werden der Garde-Korps-Platz und die Garde-Korps-Straße andere Namen erhalten. Damit schwindet auch das äußere Erinnerungszeichen an das Elitenkorps des Kurfürsten, dessen Namen durch die politische Rolle,

welche es zu zwei Malen (in den Jahren 1832 und 1848) gespielt, und durch das Mißgeschick, welches dasselbe während des schleswig-holsteinischen Krieges (1849) betroffen, besonders bekannt war.

Hamburg, 28. Februar. Der Hamburger Frauenverein hat heute ein überaus günstiges Resultat seiner Bestrebungen zum Besten des Invalidenfonds durch die hiesigen Zeitungen zur Veröffentlichung gebracht. Er hat zu diesem Fonds die beträchtliche Summe von über 10,000 Thlr. beisteuern können. Die Bemühungen und die eifrige Thätigkeit des Vereins haben somit einen erfreulichen Erfolg gehabt.

Dresden, 28. Februar. Der Stadtverordnete G. Schilling hat bei dem Stadtverordneten-Kollegium den Antrag eingebracht, im Verein mit dem Stadtrath von der Regierung die Genehmigung zur Kreirung von 1 Million sächsischer Rentenbills zu erbitten. Von diesem Betrage sollten die während der Kriegesperiode gemachten außergewöhnlichen Ausgaben, zu deren Bekämpfung der Staat einen Vorschuß gemacht hatte, sowie dringende Bauten von Schulen, Schleusen u. s. w. bestritten werden.

Ausland.

Wien, 28. Februar. Der Erlaß wegen Auflösung des böhmischen Landtags lautet:

Durch den Statthalter Unseres Königreiches Böhmen ist Uns der Beschluß des Landtages vom 25. d. M. zur Kenntniß gebracht worden. Die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit an Unsere Person und Unser Haus, welche auch bei diesem Anlasse erneuerten Ausdruck gefunden haben, waren wie immer wohlthätend für Unser landesväterliches Herz als treuer Nachhall der Uns wohlbekannten Gesinnungen des Volkes von Böhmen. Ernstlich bedacht auf die Förderung der Wohlfahrt aller Theile Unseres Reiches und fest entschlossen, sie in dem Streben nach freier innerer Entwicklung zu unterstützen, erachten Wir es gegenwärtig als Unsere erste und wichtigste Regentenpflicht, die Regelung der verfassungsmäßigen Verhältnisse der Gesamtmonarchie zu einem raschen und und gezielten Abschlusse zu bringen. Der Landtag selbst spricht die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabe aus. Nachdem aber derselbe in seiner Mehrheit einen Beschluß gefaßt hat, welcher, wenn Wir ihm Unsere Zustimmung ertheilen wollten, diesen Zweck vereiteln würde, so finden wir Uns veranlaßt, Uns nochmals an die Bevölkerung Unseres Königreiches Böhmen zu wenden, und verordnen: 1) Der Landtag Unseres Königreiches Böhmen ist in Anwendung des §. 10 der Landesordnung aufzulösen und sogleich die Ausschreibung von neuen Wahlen anzuordnen. 2) Wir behalten Uns die Bestimmung des Zeitpunktes für die Einberufung des neuen Landtages vor. Gegeben in Unserer Reichs-Haupt- und Residenzstadt Wien am sechszwanzigsten Februar im tausend achthundert siebenundsechzigsten, Unserer Regierung im neunzehnten Jahre. Franz Joseph m. p.

Prag, 27. Februar. Von der Landtags-Auflösung berichtet man der „D. A. Ztg.“ noch Folgendes: In der heutigen Sitzung des Landtages verlas Graf Koblitz-Pantben (der Statthalter) die Kaiserliche Botschaft. Centrum und Rechte hörten die Botschaft mit stiller Resignation an, die deutsche Linke begrüßte sie mit lautem Beifall.

Paris, 27. Februar. (Sp. Ztg.) Die Rede, mit welcher Rouher auf die Angriffe J. Favre's geantwortet, war diesmal keine Improvisation, sondern ein binnen 24 Stunden wohl bedachtes Werk. Man darf derselben daher eine besondere Bedeutung beilegen, und es muß dann mit Recht auffallen, daß der Minister mehr denn je an das Vertrauen zu den liberalen Ideen des Kaisers appellirt, und in dieser Beziehung so weit geht, vertrauliche Aeußerungen des Staats-Oberhauptes zu ihm, dem Minister, mitzutheilen (s. u.). Der Theil der Rede, welcher dagegen den praktischen Kern der Frage betrifft, läßt wenig über die eigentlichen und tatsächlichen Absichten der Regierung durchblicken, so daß J. Favre mit einem gewissen Grade von Berechtigung erwidern konnte, daß seine Bedenken durch den Minister nicht widerlegt und die Verherrlichung des persönlichen Regiments ihm mehr denn je um die Geschicke des Landes besorgt mache. Der Schwerpunkt der Debatten der letzten Tage liegt indeß nicht in den Reden, sondern in dem Resultate der schließlichen Abstimmung, nach welcher sich nur 24 Stimmen gegen die einfache Tagesordnung ausgesprochen haben. Die gesammte sog. konstitutionelle Opposition, welche sich in der letzten Session gebildet, und die einige vierzig Stimmen zählte, ist somit wieder auf die Seite der Majorität übergetreten. Emil Ollivier hat in wenigen Worten die Zufriedenheit und „Dankbarkeit“ jener Partei für die Reform-Dekrete ausgesprochen, und damit, falls Kavalette das Portefeuille des Innern ausgeben sollte, seine Ministerrede gehalten. Diese Haltung des Tieroparti war natürlich keine Ueberraschung für die Regierung, denn die Rede Rouher's beweist durch ihre Zurückhaltung und ihren Mangel an tatsächlichen Zusagen, daß der Minister wußte, er habe nur die entscheidende Opposition gegen sich, mit der kein Pakt zu schließen ist. Die Sprengung jener gemäßigten Opposition ist ein Ereigniß von ungemeiner Wichtigkeit, und es fragt sich jetzt, welchen Einfluß dasselbe auf die Beschlüsse der Regierung haben wird. Hoffentlich läßt sich dieselbe dadurch nicht von dem Wege abbringen, den der Kaiser mit dem Dekrete vom 19. Januar eingeschlagen; die Reden Vultry's und Rouher's haben indeß in der öffentlichen Meinung hier im Allgemeinen diese Erwartung nicht befestigt. Das Auftreten Ollivier's findet vielfachen Tadel, und selbst Girardin, welcher einen wahren Kultus mit dem ehemaligen Mitgliede der Fünf getrieben, sagt sich heute von demselben los. Um die Beziehungen zwischen dem Kaiser und den Kammern noch inniger zu machen, wird der Kaiser von morgen ab die Mitglieder des Senats und gesetzgebenden Körpers an jedem Donnerstage

